

.. | Donnerstag, 30. Juni 2005

| | | | | **Meldungen**

 **Nachrichten-Video**

| | | | | **Nußbaum verteidigt Bremens Sanierungs-Strategie**

Finanzsenator Ulrich Nußbaum hat Bremens Strategie im Kampf gegen die Haushaltsnotlage verteidigt. Bei der Vorlage des Bremer Sanierungsberichtes in Berlin sagte er: Bremen hat auf lange Sicht mehr davon, dass das Extra-Geld vom Bund in Investitionen gesteckt wurde und nicht in die Schuldentilgung. "Das ist sinnvoller als eine Scheinkonsolidierung", so Nußbaum. Gleichzeitig hat er aber eingeräumt, dass Bremen wegen seiner extremen Haushaltsnotlage auch zukünftig auf Hilfen vom Bund und den anderen Bundesländern angewiesen ist.

| | | | | **Arbeitsgericht entscheidet contra Stadt**

Das Arbeitsgericht Bremen hat entschieden, dass die vertraglich vereinbarten erhöhten Arbeitszeiten für Angestellte der Stadt Bremen unwirksam sind. Hintergrund: Eine angestellte Erzieherin hatte Bremen verklagt. Ihre Arbeitsstunden waren nicht mehr auf der Berechnungsbasis von 38,5 Stunden, sondern von vierzig Wochenstunden berechnet worden. Die Folge: sie bekam weniger Geld.

| | | | | **Arbeitslosenzahlen**

Im Vergleich zum Mai ist die Arbeitslosigkeit im Land Bremen im Juni ganz leicht zurückgegangen, die Quote sank von 16,9 auf 16,7 Prozent. In der Stadt Bremen hat sich kaum etwas getan, die Quote ist um ein zehntel Prozentpunkt auf 15,3 gesunken. Stärker war der Rückgang in Bremerhaven: hier fiel die Quote von 24,3 auf 23,8 Prozent. Das dürfte viele Bremer allerdings kaum trösten: Insgesamt 52.818 Menschen hatten im Juni keine Arbeit.

| | | | | **Vorstände beschließen gemeinsame Liste von WASG und PDS**

Nach der Parteibasis haben sich nun auch die Vorstände von Bremer PDS und der "Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit" gestern Abend geeinigt, wie sie bei der Bundestagswahl Stimmen holen wollen: Danach will die WASG nicht unter ihrem Namen antreten, sondern ihre Kandidaten auf die offene Liste der PDS setzen. Diese Liste soll dann unter dem Namen "Die Linkspartei." zur Wahl antreten.

| | | | | **Schulz besteht auf eigene Lösung**

Der Bremerhavener Oberbürgermeister Jörg Schulz hat den Bremer Senat aufgefordert, die Zufahrt zu den Seehäfen nach den Bremerhavener Wünschen zu gestalten. Dabei geht es um die Unterführung des

